

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am  
**13.11.2012** Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/UmVerkA/008

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 19:45 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:40 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 19:50 Uhr

---

**Anwesend:    Vorsitzende**

Leykum, Maria

**stellv. Vorsitzender**

Obst, Wolfgang

**Mitglied/Mitglieder**

Dralle, Karl-Heinz  
Heldt, Gabriele  
Köneke, Klaus  
Kuyucu, Ahmet  
Morch, Hans-Dieter  
Ruser, Horst  
von Oettingen, Gero

(Vertreter für Herrn Weinel)  
bis TOP 7

**Beratende/s Mitglied/er**

Kleinschmidt, Dieter  
Kusber, Paula  
Suszka, Bernd

**Verwaltung**

Baxmann, Alfred  
Brinkmann, Jan-Hinrich  
Frerichs, Peter  
Herbst, Imke  
Herbst, Rainer  
Raue, Nicole

bis TOP 5

**TAGESORDNUNG**

**Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 20.09.2012

3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Lärmaktionsplanung 2012/2013, Lärmkarten für Hauptverkehrsstraßen  
Vorlage: 2012 0205
6. Y-Trasse - Sachstandsbericht von Herrn Brinkmann
7. Entwurf Haushaltssatzung 2013  
Vorlage: 2012 0214
8. Entwurf Investitionsprogramm 2013  
Vorlage: 2012 0215
9. Stellenplanentwurf 2013  
Vorlage: 2012 0216
- 9.1. Stellenplanentwurf 2013  
hier: Tiefbauverwaltungsabteilung  
Vorlage: 2012 0216/1
10. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

##### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Leykum**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

##### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 20.09.2012**

---

Unter Tagesordnungspunkt 5 „Wegweiser auf dem Rathausvorplatz in der Marktstraße“ ist der letzte Absatz auf Seite 7 der Niederschrift wie folgt zu vervollständigen:

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Leykum**, stellt in Frage, ob der Wegweiser die Qualitätsmerkmale eines Denkmals erfülle. Sie könne dem Erhalt des Wegweisers nicht zustimmen.

Herr **Ruser** bittet Tagesordnungspunkt 5 um die Bestätigung der Verwaltung, dass die Wegweiser eingelagert und jederzeit an anderer Stelle eingesetzt werden können, zu ergänzen.

Herr **Köneke** weist daraufhin, dass er im vertraulichen Teil, Tagesordnungspunkt 1, „Mitteilungen des Bürgermeisters“, nicht richtig zitiert wurde. Hinsichtlich der Verlegung des Bolzplatzes halte er gerade nicht die Kombination

aus Sickerbecken und Bolzplatz an dem seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Standort für die bessere Alternative. Dieser Variante könne er nur zustimmen, sofern der Standort 50 m in den Norden verlegt werde.

8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

### 3. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

- keine -

### 4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Herr Herbst** informiert:

- a) Im Zuge der Straßenausbauarbeiten „Im Langen Mühlenfeld“ musste ein weiterer Baum gefällt werden. Zur Herstellung des Hausanschlusses für Haus-Nr. 3 mussten die Wurzeln teilweise getrennt und zur Herstellung der Zufahrten für Haus Nr. 4 der Baum frei gelegt werden. Die Standsicherheit konnte in Folge nicht mehr gewährleistet werden. Eine Ersatzpflanzung werde erfolgen.
- b) Der Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen habe sich hinsichtlich des seitens der Region Hannover für das kommenden Jahr geplanten Geh- und Radwegneubaus Ramlingen-Ehlershausen für einen Ausbau in pflasterbauweise ausgesprochen. Die Bereitstellung der daraus resultierenden Mehrkosten in Höhe von rund 120.000 € im Haushalt 2013 seien ebenfalls beantragt worden. Der nicht durch Fördermittel gedeckte Eigenanteil betrage voraussichtlich ca. 45.000 €. Wie berichtet, sei die Region Hannover unter der Voraussetzung, dass die Stadt Burgdorf die Straßenbaulast für den sich auf der gegenüberliegenden Seite befindlichen Geh- und Radweg übernimmt, auch zu einer Übernahme der erwarteten Mehrkosten bereit. Aus den genannten Gründen spreche sich die Verwaltung weiterhin gegen eine Übernahme der Straßenbaulast aus.
- c) Vor den Stadtwerken müssen die beiden als Naturdenkmal geschützten Eichen gefällt werden. Die im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht durch den städtischen Baumkontrolleur vorgenommene Baumbegutachtung, habe keine zweifelsfreie Beurteilung der Bruch- und Standsicherheit zugelassen. Die Erstellung eines externen Gutachtens sei erforderlich gewesen. Dieses habe die Befürchtung, dass eine Fällung unumgänglich sei, bestätigt. Die Fällung sei mit der Naturschutzbehörde der Region Hannover abgestimmt. Es sei vorgesehen an gleicher Stelle, nach Roden der Wurzeln und einem notwendigen Bodenaustausch, eine repräsentative Solitäreiche (Stammumfang 35 – 40 cm) nach zu pflanzen.

Sichergestellt sei, dass sich im Baum keine Fledermäuse befänden. Die Kosten des Gutachtens beliefen sich auf 1.836,00 €. Holzzersetzende Pilze im Stammfußbereich seien u.a. als Ursache für die vorzunehmende Fällung zu nennen.

**Herr Köneke** bittet die Verantwortung bei notwendigen Baumfällungen zukünftig bei den städtischen Mitarbeitern zu belassen. Auch für ihn stehe die Verkehrssicherungspflicht an erster Stelle. Die genannten Gutachterkosten stehen jedoch, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in Zukunft eine steigende Anzahl von Baumfällungen zu erwarten seien, außer Verhältnis.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Leykum**, kann sich dieser Meinung nicht anschließen. Gerade der gebotene Erhalt von Naturdenkmälern im Stadtgebiet erfordere aus Ihrer Sicht eine externe Begutachtung. Erforderliche Fällungen können dann auch nachvollziehbarer gegenüber Burgdorfer Bürgerinnen und Bürgern gerechtfertigt werden.

- d) Durch die Spende des Heimatbundes in Höhe von 1.500,00 € für die Verschönerung des Stadtbildes, konnten 9.500 Blumenzwiebeln beschafft werden.

Schwerpunktmäßig werden die Blumenzwiebeln in den Rasenflächen um den Kreisverkehrsplatz „Marktstraße / Bahnhofstraße“, in den offenen Beeten in der Marktstraße, in der Grünanlage „Am Wall / Obere Marktstraße“ sowie im Eingangsbereich des Stadtfriedhofes eingebracht.

- e) Das EFRE-Fördergebiet (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) wurde wie beantragt um den Bereich des Stadtparks (Bereich zwischen Rathaus II und Burgdorfer Aue) erweitert.
- f) Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wird in Kürze Schneeschutzzäune entlang der B3, Strecke Burgdorf – Celle, aufstellen.
- g) Die Einbahnstraßenregelung des Wächterstiegs, zwischen der Poststraße und dem Parkplatz der Volksbank, sowie der Feldstraße sollen für den Radverkehr aufgehoben werden. Hinsichtlich der Feldstraße werde im Einmündungsbereich zur Gartenstraße eine sogenannte Fahrradpforte markiert, damit sich dort keine linksabbiegenden Kraftfahrzeuge aufstellen und die Einfahrt in die Einbahnstraße für Radfahrer behindern.

Die Polizei und die Straßenverkehrsbehörde haben der Maßnahme jeweils zugestimmt.

- h) Stadtstraßenumbau:

Das Bauschild an der Bahnhofstraße wurde am 09.11.2012 abgebaut.

Folgende Mängelbeseitigungen seien voraussichtlich bis zum 23.11.2012 abgeschlossen:

- Regulierung der Pflasterflächen in der Marktstraße
- Regulierung der Bordansichten an den Fußgängerüberwegen
- Pflanzflächen im Bereich hinter dem Gümme Kanal (Uetzer Straße)

Die Restarbeiten am Spittaplatz und vor dem Rathaus I werden nach der Lieferung der für diesen Bereich vorgesehenen Fahrradbügel in der Woche vom 10. – 14. Dezember 2012 ausgeführt.

Die Blockstufen für die Aue sowie die Bänke werden voraussichtlich in der ersten Dezemberwoche (03.12. – 07.12.2012) geliefert.

- i) Der Radweg entlang der L 383 zwischen Schillerslage und Burgwedel sei als „Vordringlicher Bedarf“ im Radwegekonzept 2012 berücksichtigt. Wann der Neubau des Radweges erfolge, sei jedoch weiterhin ungewiss.
- j) Die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen der Straßenverkehrsabteilung sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.
- k) Am 08.11.2012 der vergangenen Woche sei ein Anliegergespräch hinsichtlich der in der Marktstraße eingebauten Schwellen geführt worden. Übereinstimmend werde von Einschränkungen der Lebensqualität, verursacht durch die Schwellen, berichtet. Gerade in den frühen Morgenstunden ab 4:00 Uhr sowie abends zwischen 19:00 Uhr und 20:30 Uhr seien die Erschütterungen und Vibrationen, hervorgerufen durch das Überfahren insbesondere von großen Fahrzeugen wie Bussen und Lkw's, am stärksten. Seitens der Anlieger werde daher um Abhilfe gebeten.

Diese sei nur durch eine Abflachung der Schwellen möglich. Die Verwaltung befürworte die Einholung eines Gutachtens, um die Ursachen sowie ggf. erforderliche bauliche Veränderungen zweifelsfrei feststellen zu lassen. **Herr Baxmann** ergänzt, dass für ein Vorgutachten ca. 800 € und für ein Gesamtgutachten ca. 1.400 € bis 3.000 € zu veranschlagen seien.

**Herr Kuyucu** kann die Schilderungen der Anlieger gut nachempfinden. Er befürworte bauliche Veränderungen, damit die Schwellen und die damit verbundenen Immissionen entschärft werden.

**Herr Obst** kann der Einholung eines Gutachtens nicht zustimmen. Aus seiner Sicht habe der Sinn der eingebauten Schwellen von vornherein in Frage gestellt werden müssen. Die gewünschte Verkehrsberuhigung könne genauso wenig festgestellt werden wie die erhoffte Platzcharacterschaffung. Er unterstütze eine vollständige Beseitigung der Schwellen.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Leykum**, erinnert an die Verpflichtung gegenüber den Verkehrsteilnehmern, die die Marktstraße an dieser Stelle queren. Gerade weil der ehemals lichtsignalgesteuerte Fußgängerüberweg nicht mehr vorhanden sei, sei eine Verkehrsberuhigung erforderlich.

Nach weiterer kontroverser Diskussion wird sich dem schrittweisen Vorschlag **Herrn Herbst**, zunächst die sich an den Schwellenstein anschließende und sich ca. 1-2 cm abhebende bituminöse Deckschicht niveaugleich abzufräsen und sofern erforderlich in einem zweiten Schritt den Höhenunterschied durch den zusätzlichen Einbau einer Tragdeckschicht auf der Länge ca. eines halben Meter auszugleichen, angeschlossen. Die Abfräsung könne im Verlauf der kommenden Woche (19.11.-23.11.2012) erfolgen. In der Ausschusssitzung am 04.12.2012 werde über den erzielten Erfolg, unter Einbindung der Anlieger, berichtet.

5. **Lärmaktionsplanung 2012/2013, Lärmkarten für Hauptverkehrsstraßen  
Vorlage: 2012 0205**

---

**Frau Herbst** erläutert die dem Ausschuss vorliegende Lärmaktionsplanung 2012/2013.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt diese zur Kenntnis.

6. **Y-Trasse - Sachstandsbericht von Herrn Brinkmann**

---

**Herr Brinkmann** berichtet, dass derzeit weiterhin nur über mögliche Trassenverläufe spekuliert werden könne. Die Bahn habe sich hinsichtlich eines endgültigen Streckenverlaufs noch nicht positioniert. Sollte sich die Bahn für eine Y-Trasse entscheiden, halte die Verwaltung eine Trassenführung parallel zur A7 für die sinnvollste und am wenigsten beeinträchtigende Lösung. Bevor sich die Bahn nicht abschließend erkläre, werde jedoch kein entsprechender Vorschlag erfolgen.

Seitens der Bahn werde alternativ zur Y-Trasse die Verkehrsführung auf bestehenden Strecken geprüft. Die Befürchtung liegt nahe, dass in diesem Fall der Güterverkehr durch Burgdorf führe. Technisch möglich sei – nach allem, was man bislang wisse - eine Spitzenauslastung von bis zu 180 Güterzügen pro Nacht.

Problematisch sei, dass eine Güterverkehrsführung durch Burgdorf ohne bauliche Veränderungen möglich sei. Damit bestehe kein gesetzlicher Anspruch auf weitere Lärmschutzwände. Erst bei einer Überschreitung des Lärmsanierungswertes von 60 dB(A) werde – so die Auffassung von Fachjuristen - ein gesetzlicher Anspruch begründet.

Eine Initiative der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen ziele darauf ab, bestehende Lärmschutzbestimmungen für Neubaustrecken auf Altbaustrecken zu übertragen. Ob die Initiative umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Als Teilerfolg könne gewertet werden, dass sich die Bahn gegenüber der Stadt Burgdorf schriftlich verpflichtet habe, die Stadt vor der Einleitung eines Raumordnungsverfahrens an den weiteren Planungen zu beteiligen. Diese Zusage gelte auch, wenn der Güterverkehr über bestehende Strecken geführt werde.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr unterstützt die Bemühungen der Verwaltung gegenüber der Bahn, frühzeitig über weitere Planungen informiert zu werden.

7. **Entwurf Haushaltssatzung 2013  
Vorlage: 2012 0214**

---

**Herr Obst** bittet zukünftig um weitergehende Erläuterungen hinsichtlich der einzelnen Einnahme- und Ausgabeansätze im Haushalt. Ohne weitergehende Informationen können die in den jeweiligen Produktkonten zusammengefassten Ansätze in keinster Weise nachvollzogen werden.

**Herr Baxmann** verwies darauf, dass das doppelte System so ausgelegt sei, dass die Politik den Rahmen setzen solle und die Details seitens der Verwaltung abzuarbeiten seien.

**Herr Morich** bittet ergänzend, den beratenden Ausschussmitgliedern zukünftig ebenfalls die komplette Haushaltssatzung zukommen zu lassen.

Über das Protokoll werden die Ausführungen **Herrn Herbst** zu den einzelnen Produktkonten hinsichtlich des LED Beleuchtungserneuerungskonzeptes wie folgt ergänzt:

Den Ausgaben in Höhe von rd. 275.000 € stehen Einnahmen in Höhe von insgesamt rd. 200.000 € durch Fördermittel in Höhe von rd. 65.000 € (in 2014) und Anliegerbeiträge in Höhe von rd. 135.000 € (60.000 € in 2014; 75.000 € in 2015) entgegen. Nach Abschluss der Maßnahme werden Einsparungen bei den Stromkosten in Höhe von rd. 20.000 € pro Jahr erwartet.

Im Rahmen der um die geplante Anschaffung des Hubsteigers geführten Diskussion, ergibt sich Klärungsbedarf hinsichtlich der Frage, ob die Verwaltung auch Baumrückschnitte an privaten Bäumen vornehme. **Herr Herbst** erläutert, dass grundsätzlich keine Rückschnitte an privaten Bäumen vorgenommen werden. Die städtischen Mitarbeiter nur für die Verkehrssicherungspflicht und Unterhaltung öffentlicher Waldflächen bzw. Bäume zuständig seien. Die Verwaltung werde die von **Herrn Könecke** geschilderte Entastung von Eichen auf privaten Waldflächen in Beinhorn klären und über das Protokoll beantworten. Die seitens der Fachabteilung erstellte Stellungnahme ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Auf Nachfrage informiert **Herr Herbst**, dass anfallendes Brennholz unter den Bauhofmitarbeitern versteigert werde. Die Einnahmen finden sich im Haushalt wieder.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung 2013 ohne Veränderungen zur Kenntnis.

## **8. Entwurf Investitionsprogramm 2013** **Vorlage: 2012 0215**

---

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt den Entwurf des Investitionsprogramms 2013 bis 2016 ohne Veränderungen zur Kenntnis.

## **9. Stellenplanentwurf 2013** **Vorlage: 2012 0216**

---

**Herr Frerichs** erläutert den zusätzlichen Stellenbedarf (Einstellung eines Klimaschutzmanagers) in der Umweltschutzabteilung mit der geplanten Vor-

bereitung und Umsetzung des Klimaschutz-Aktionsprogramms. Die Sach- und Personalausgaben seien zu 85 % zuwendungsfähig. Das Beschäftigungsverhältnis werde parallel zum Förderzeitraum auf drei Jahre befristet.

Auf Nachfrage bestätigt **Herr Frerichs**, dass es u.a. Aufgabe des Klimaschutzmanagers sein werde, Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz städtischer Gebäude zu entwickeln und umzusetzen.

Hinsichtlich des zusätzlichen Stellenbedarfs in der Straßenverkehrsabteilung verweist **Herr Herbst** auf die derzeitige personelle Situation. Der Krankenstand läge ohne Berücksichtigung der seit längerer Zeit arbeitsunfähig erkrankten Abteilungsleitung bei ca. 10 %. Eine Überwachung des ruhenden Verkehrs in den Abendstunden sei mit dem vorhandenen Personal nicht umsetzbar. Eine Stelle decke die Bürosprechzeiten ab, eine Stelle sei für die Überwachung des fließenden Verkehrs verantwortlich, womit 1,5 Stellen für die Überwachung des ruhenden Verkehrs verbleiben. Gerade in den Abendstunden könne den Kolleginnen und Kollegen aus Sicherheitsgründen nicht zugemutet werden, alleine zu kontrollieren. Sofern die Ausweitung der Dienstzeiten bis in die Abendstunden (20:00 Uhr) erfolgen soll, sei die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle erforderlich.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt den Stellenplanentwurf 2013 ohne Veränderungen zur Kenntnis.

#### 9.1. **Stellenplanentwurf 2013** **hier: Tiefbauverwaltungsabteilung** **Vorlage: 2012 0216/1**

---

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr nimmt den ergänzenden Stellenplanentwurf 2013, hier: Tiefbauverwaltungsabteilung, ohne Veränderungen zur Kenntnis.

#### 10. **Anregungen an die Verwaltung**

---

**Herr Ruser** verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 02.05.2012 „Radverkehrskonzept am Schulzentrum Berliner Ring“. Er bitte um Sachstandsmitteilung, insbesondere, ob zur Umsetzung Haushaltsmittel für das Jahr 2013 berücksichtigt seien. Nachrichtlich wird über das Protokoll informiert, dass der Antrag in der Stadtverwaltung nicht eingegangen ist und als Tagesordnungspunkt in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr aufgenommen wird.

**Herr Herbst** erwidert, dass aufgrund des Schreibens von Frau Brunschön Gespräche mit der Polizei geführt worden seien. Die Polizei habe keinen dringenden Regelungs- und Handlungsbedarf feststellen können. Aus diesem Grund seien keine Haushaltsmittel für 2013 eingestellt. Auch aus personellen Gründen sei eine Umsetzung derzeit nicht realisierbar.

**Herr Obst** bittet um Mitteilung, ob das Ehrenmal auf seine Standfestigkeit hin überprüft wurde. Eine Beantwortung erfolgt nachrichtlich über das Proto-



koll. Die Gebäudewirtschaft hat sich das Ehrenmal angesehen und rundherum leichte (ungefährliche) Unterhöhungen festgestellt. Die Unterhöhungen werden in Kürze mit grobem Mineralgemisch verfüllt.

Des Weiteren bittet **Herr Obst** zu prüfen, ob die Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich bei „Penny“ korrekt geschaltet sei.

### **Einwohnerfragestunde**

Hinsichtlich des 2. Bauabschnittes des Stadtstraßenausbaus wird auf einen Absatz zwischen bituminöser Befestigung und Gosse im Einmündungsbereich der Neuen Torstraße und Rathausstraße hingewiesen. Über das Protokoll kann darüber informiert werden, dass die beauftragte Fa. Pasemann diesen in Kürze abfräsen wird.

Auf Nachfrage eines Einwohners wird hinsichtlich des möglicherweise auf die Stadt Burgdorf zukommenden Güterverkehrs erläutert, dass bisher keine Immissionsmessergebnisse vorlägen. Die Initiierung einer Bürgerinitiative sei erst dann sinnvoll, wenn feststehe für welche Trassenführung sich die Bahn entscheide.

Seitens zweier Einwohner wird bekräftigt, dass die Lebensqualität, verursacht durch den Einbau der beiden Schwellen in der Marktstraße, leide. Insbesondere die durch den Bus- und Lkw-Verkehr verursachten Immissionen werden als belastend empfunden. Schäden an der Substanz der denkmalgeschützten Gebäude werden befürchtet. Die Ausschussmitglieder seien herzlich eingeladen, sich einen persönlichen Eindruck in einer der betroffenen Wohnungen zu verschaffen. Die Kontaktdaten werden zur Verfügung gestellt.

Dem Wunsch, sowohl die oben als auch unten an die Schwelle angrenzende und sich leicht abhebende Asphaltdecke abzufräsen, wird die Verwaltung nachkommen.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer